

Folge 58 Aus Regierungskreisen – der Podcast der Bundesregierung

Thema: Werner Gatzert, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, und Silke Stremlau, Mitglied des Sustainable-Finance-Beirats der Bundesregierung, über nachhaltige Finanzpolitik

[Sven Siebert, Moderator] „Bazooka“, „Doppel-Wumms“, Sondervermögen, Geld für die Energiewende, Hunderte Milliarden Extraausgaben. Wie geht das? Geht das langfristig gut? Darüber rede ich heute mit zwei Gästen.

[Musik]

„Aus Regierungskreisen“, der Podcast der Bundesregierung.

[Siebert] Hallo, willkommen zu „Aus Regierungskreisen“, dem Podcast der Bundesregierung. Ich bin Sven Siebert und ich habe heute zwei Gäste. Aus der Bundesregierung: Werner Gatzert. Der ist gewissermaßen der Mister Bundeshaushalt. Seit vielen Jahren, unter inzwischen sieben verschiedenen Ministern, ist er für den Etat der Bundesregierung zuständig. Und gewissermaßen als Miss Nachhaltigkeit begrüße ich Silke Stremlau. Sie ist Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirats der Bundesregierung. Guten Tag, Frau Stremlau.

[Silke Stremlau, Gast] Guten Tag, Herr Siebert.

[Siebert] Guten Tag, Herr Gatzert.

[Werner Gatzert, Gast] Guten Tag, Herr Siebert.

[Siebert] Herr Gatzert, wir leben in sehr teuren Zeiten. Wir hatten die „Bazooka“ der Corona-Hilfen. Jetzt gibt es den „Doppel Wumms“. Das sind mehrere hundert Milliarden schwere Entlastungspakete infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Die Bundeswehr bekommt 100 Milliarden [Euro] extra, das neue Bürgergeld kostet auch nochmal 5 Milliarden [Euro]. Wo kommt das ganze Geld her?

[Gatzert] Ja, das Geld kommt vom Steuerzahler und von der Steuerzahlerin und es kommt eben von den Kreditmärkten. Wir mussten eben, um die entsprechenden Maßnahmen finanzieren zu können, deutlich mehr Kredite aufnehmen, als es [in den jeweiligen Haushaltsjahren] üblich ist [...], insbesondere deutlich mehr, als es in den Jahren zuvor gewesen ist. Das ist den Krisen geschuldet. Aber da wir finanzpolitisch, so glaube ich, sehr gut aufgestellt sind, können und konnten wir uns das leisten.

[Siebert] Frau Stremlau, Sie sind für Nachhaltigkeit in den Finanzen zuständig und beraten die Bundesregierung in dieser Richtung. Hunderte Milliarden neue Schulden – ist das nachhaltige Finanzpolitik?

[Stremlau] Na ja, da kann man zweigeteilt drauf antworten. Also, zum einen zahlen das natürlich – Herr Gatzert hat es gerade gesagt – die Steuerzahler/-innen, wir als Investoren. Ich bin ja hauptamtlich Kapitalanlage-Chefin einer Pensionskasse. Auch wir haben deutsche Staatsanleihen im Portfolio. Ich finde, nachhaltig im Sinne von dem Pariser Klimaabkommen und den SDGs wird es dann, wenn das Geld für zukunftsfähige Aufgaben ausgegeben wird. Wir stehen vor massiven Umwälzungen, großen Transformationen sozialökologischer Art. Wir haben Herausforderungen im Energiebereich, im Verkehrsbereich, in der Agrarpolitik. Und wenn das Geld dann in solche zukunftsfähigen Ausgaben fließt und wir uns fit machen, zukunftsfähig, und unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten und unsere natürlichen Ressourcen damit aufrechterhalten, dann, finde ich, ist das nachhaltige Finanzpolitik.

[Siebert] Das heißt, wir verschieben nicht einfach nur Lasten auf die nächsten Generationen?

[Stremlau] Richtig. Genau. Sondern damit machen wir [...] uns [ja eigentlich] zukunftsfit. Das ist nicht bei allen Ausgaben so, würde ich sagen. Aber der Bund probiert da ja und die Bundesregierung hat sich dazu committed, auch in ihrem Koalitionsvertrag und will das Geld ja viel stärker auch dahin ausrichten. Und von daher, würde ich sagen, ist das in Teilen jetzt schon umgesetzt. Aber ich glaube, diese Fokussierung auf das Thema Ausgaben für Transformation, Ausgaben in Zukunftsfähigkeit – das kann noch fokussierter werden.

[Gatzer] Ja, das teile ich, dem möchte ich gar nicht widersprechen. Wir haben nur, wie gesagt, auch jetzt in den letzten Jahren Krisen durchlaufen müssen, die wir so nicht haben planen können. Und dazu gehört es eben auch, dass eine Bundesregierung Maßnahmen ergreift, die die Volkswirtschaft aufrechterhält, die den Menschen hilft, den Unternehmen hilft. Und bei den Unternehmen ist es ja dann auch so: Wir wollen ja gerade damit auch unterstützend wirken, dass die Unternehmen den Transformationsprozess, den sie selber ja auch gestalten müssen, nicht einstellen, sondern dass sie diesen fortführen, dass sie die notwendigen Investitionen in den Bereichen vornehmen, die Frau Stremlau gerade auch genannt hat. Und dann haben wir eben zusätzliche Schuldenaufnahme für energiepolitische Maßnahmen, für klimapolitische Maßnahmen. Wir haben [vor vielen Jahren] da sogar ein Sondervermögen [...] auf den Weg gebracht, [das] wir jetzt deutlich aufgestockt haben. Also, es ist ein Mix, aber ich glaube, das eine ist genauso wichtig wie das andere, [denn] sonst haben wir keine Zukunft.

[Siebert] Herr Gatzer, kann man Ihre Aufgabe so zusammenfassen: Sie müssen dafür sorgen, dass für alles genug Geld da ist, aber nicht zu viel ausgegeben wird?

[Gatzer] Ich muss dafür sorgen, dass die Steuereinnahmen, die wir haben, und die sonstigen Einnahmen, die wir haben, für die zukunftssträchtigen Projekte ausgegeben werden, dass wir Prioritäten setzen, dass wir dann, wenn es notwendig ist, auch Kredite aufnehmen – das ist ja nicht grundsätzlich falsch, sondern kann ja durchaus auch Sinn machen –, dass aber dann die Kreditaufnahme in einem Maß geschieht, dass wir zukünftige Generationen nicht höher belasten, dass auch die Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen weiterhin gesichert ist. Auch die jungen Leute von heute oder die, die noch gar nicht geboren sind, aber in Zukunft ihr Leben gestalten wollen, ihr Umfeld gestalten wollen, müssen ja auch weiterhin handlungsfähig sein, und auch finanziell handlungsfähig. Und da sehe ich meine Aufgabe drin: Das unter einen Hut zu bekommen.

[Siebert] Sie sagten es ja schon: Dafür stand ja jetzt viele Jahre immer die schwarze Null, also keine oder nur noch eine sehr geringe Nettoneuverschuldung. Schmerzt Sie das jetzt persönlich, dass Sie jetzt in dieser Phase diese ungeheuren Schuldenberge aufhäufen müssen?

[Gatzer] Nein, das schmerzt mich nicht. Ich habe jetzt auch keine schlaflosen Nächte. Zum einen, weil wir in den Jahren, die Sie gerade genannt haben, als wir die sogenannte schwarze Null hatten, jedenfalls keine Neuverschuldung – das war ja immerhin ein Zeitraum von 2014 bis 2019 –, wir [...] die öffentlichen Haushalte und insbesondere den Bundeshaushalt ja so strukturiert und aufgestellt haben, dass wir in der Lage gewesen sind, die Corona-Krise und auch die aktuellen Krisen oder die Maßnahmen, die damit verbunden sind, finanziell stemmen zu können. Das schmerzt mich nicht, weil ich ja davon überzeugt bin, dass zumindest vieles von dem, was wir [in den letzten Jahren] auf den Weg gebracht haben [...], auch schuldenfinanziert, uns weiterhilft und auch sinnvoll ist. Und schmerzen würde es mich allenfalls dann – das kommt aber auch in Einzelfällen vor –, wenn so Mitnahmeeffekte sind: Wenn Maßnahmen finanziert werden müssen, die vielleicht mit der Krisenbewältigung nicht unbedingt was zu tun haben und vielleicht auch gar nicht mit der Gestaltung der Zukunft.

[Stremlau] Ich finde Ihre Aufgabe wirklich schwierig und Sie sprechen es ja an: das Thema Nachhaltigkeit und [...] die Verantwortung für die Generationen, dass wir [...] unseren Kindern und

Enkelkindern [nicht zu viele Schulden] hinterlassen. Und gleichzeitig sieht man aber auch, wenn wir durch Deutschland fahren — ich fahre viel Bahn —: Wir haben die Infrastruktur dort ja in Teilen nicht genug gefördert. Wenn ich in die Schulen gehe und die mit anderen europäischen Ländern teilweise vergleiche, dann brauchen unsere Schulen dringend Geld. Also Infrastruktur, Bahnverkehr, Schulen, Bildungssystem — da müssen wir ja eigentlich noch eine Latte drauflegen, was Investitionen in die Zukunft auch angeht, auch zum Thema Wettbewerbsfähigkeit, aber auch in Richtung zukunftsfähige Generationen. Wie sehen Sie da diese Herausforderung?

[Gatzer] Das sehe ich genauso. Ich glaube aber auch, dass wir da in den letzten Jahren auch schon viel gemacht haben, wahrscheinlich noch nicht genug. Jedenfalls ist die Situation ja durchaus zutreffend beschrieben von Ihnen. Ich glaube, da müssen wir noch mehr machen. Ich bin nur nicht sicher, ob das immer nur eine Frage des Geldes ist. Ich bringe Ihnen jetzt mal ein Beispiel. Wir haben ja den Haushalt 2022 gerade abgeschlossen und wir haben ja unseren Klima- und Transformationsfonds, der [...] finanziell [sehr gut] ausgestattet ist. Ich habe aber feststellen müssen — und das bedaure ich eigentlich; ich bin ja nicht immer froh darüber, wenn Geld nicht ausgegeben wird — [...], dass die Ausgaben im Klima- und Transformationsfonds im letzten Jahr nur knapp 50 Prozent dessen waren, was wir geplant hatten. Und dann stelle ich mir schon die Frage: Woran liegt das? Geld ist reichlich vorhanden. Warum schaffen wir es nicht, dieses Geld auch für die sinnvollen Maßnahmen einzusetzen wie geplant?

[Siebert] Und woran liegt es?

[Gatzer] Es liegt daran, dass wir sehr, so denke ich, umständliche Abläufe haben, dass wir Planungsvorläufe haben, die [aus meiner Sicht] zu lange dauern [...]. Und wir stellen ja fest: In der Krise — Beispiel LNG-Terminal in Wilhelmshaven oder anderswo — [...] sind wir ja auch fähig, schneller zu handeln. Wir stellen fest, dass wir vielleicht bei manchen Programmen gar nicht den Nerv treffen, den wir treffen wollen, [...] dass wir [vielleicht] Fehleinschätzungen haben. Das sind unterschiedliche Faktoren. Jedenfalls: Am Geld hat es jetzt erstmal nicht gelegen.

[Stremlau] Würde ich auch so unterschreiben. Also, [ich kann] jetzt aus eigener Erfahrung sagen: Wir haben bei unserer Förderbank hier in Niedersachsen Geld für Digitalisierungsaufgaben im Zuge von Corona — da gab es ja diese Pakete — auch angefordert. Wir haben, glaube ich, zwei Jahre [auf das Geld] gewartet [...] und es waren überschaubare Volumen von, glaube ich, 20.000, 25.000 Euro für neue Laptops. Also, ich glaube, wir stehen uns da mit unserer Bürokratie definitiv im Wege. Das höre ich auch aus dem Finanzmarkt. Wenn ich dort flammende Plädoyers für die Transformation und [auch] für das Zusammengehen [...] von Privaten und öffentlicher Hand [...] spreche, dann sagen mir 120 Vorstände von Sparkassen: „Liebe Frau Stremlau, wir wollen die Transformationen unterstützen. Wir stehen bereit, aber wir haben wahnsinnig viele Projektanträge, die in deutschen Rathäusern lange, lange brauchen, bis sie bewilligt werden.“ Wir brauchen eigentlich einen Shortcut für Transformationsprojekte, also letztendlich ein neues Kriterienraster. Wie bearbeitet man diese Stapel von Anträgen, sei es jetzt für neue Windkraftanlagen, für PV-Anlagen, für Infrastrukturausgaben? Und wie kriegt man dort sozusagen einen Shortcut, eine Fast Lane [...] für Transformationsvorhaben [hin]? Ich glaube, es ist dringend notwendig. Wir haben es gesehen, Herr Gatzer hat es gesagt: Beim LNG-Terminal ging das. Und letztendlich würde ich mir von der Politik da auch wünschen, oder auch von den Ministerien, zu sagen: „Wie kriegen wir das jetzt sozusagen auf breitere Ebene für alle möglichen Transformationsformen, die wirklich einen Impact [...] auf unsere CO₂-Emissionen et cetera [haben]. Also, da muss was passieren, an diesem Thema Schnelligkeit, Bürokratie. Und [...] natürlich muss das Ganze [auch] rechtssicher sein. Ich sehe da schon die Juristen wieder auf dem Vormarsch stehen, aber da würde ich mir einen Fokus wünschen oder eine deutlichere Fokussierung.“

[Siebert] Ist das auch was, wofür der Sustainable Finance-Beirat da ist, für solche Empfehlungen? Oder geht es da in eine andere Richtung?

[Stremlau] Nein, es geht genau darum. Wir sind von der Bundesregierung eingerichtet worden – schon von der vorherigen Bundesregierung, jetzt von der jetzigen nochmal neu –, einfach mit dem Ziel, zu erkennen, [dass] wir [...] vor großen Transformationsvorhaben [stehen]. Wie kann Deutschland [...] als Standort nachhaltiger Finanzierung [führend werden]? Und was braucht es da? Wo gibt es Hemmnisse? Und wir sind ein Multi-Stakeholder-Organ. 34 Menschen, die das ehrenamtlich machen, aus der Finanzwirtschaft, Realwirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft – und wir gucken genau hin. Also: Was braucht sozusagen Finanzierung, was braucht die Regierung, woran hapert es gerade, damit wir mehr Drive in die Transformation bekommen? Und genau dafür hat uns die Bundesregierung sozusagen als Beratungsgremium, als unabhängiger Sparringspartner beauftragt.

[Siebert] An Sie beide die Frage: Geht das überhaupt – ein vollständig nachhaltiger, sustainable Bundeshaushalt?

[Gatzer] Der Bundeshaushalt ist sehr stark [...] durch gesetzliche Leistungen [geprägt], insbesondere durch Zuschüsse an Sozialversicherungen. Die Rente ist hier ein Beispiel. Aber ich glaube, dass wir da vieles mehr bewegen können, als wir bisher gemacht haben. Deswegen – erlaube ich mir jetzt hier auch den Hinweis – haben wir im Bundesfinanzministerium ja jetzt auch ein Projekt aufgesetzt, mit dem Ziel, Nachhaltigkeitsaspekte im Bundeshaushalt besser zu dokumentieren, transparenter zu machen und insbesondere im Rahmen eines sogenannten Spending-Review-Prozesses dann auch die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Also, wir haben das Thema schon aufgegriffen, wir arbeiten dran, wir haben auch schon Fachministerien gefunden, die bereit sind, da mitzumachen. Und unser Ziel ist es eigentlich, [spätestens] mit dem Haushalt [...] 2025 da ein umfassendes Programm zu haben, wie wir den Bundeshaushalt unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zumindest transparent darstellen können.

[Stremlau] Genau, finde ich absolut hervorragend. Der Ansatz ist genau richtig, [den] unterstütze ich auch. Wir haben ja das Pariser Klimaabkommen und wir haben die Sustainable Development Goals. Das sind 17 Ziele, die das Thema Nachhaltigkeit, finde ich, sehr gut runterbrechen und die deutlich machen, wo das Geld eigentlich hingelenkt werden muss: in den Bereich Klimaschutz, Schutz der Artenvielfalt, in soziale Gleichheit, Abbau von Armut. Und es wäre so ein Traum, wenn irgendwann ganz klar werden würde: Wie ist der Haushalt? Auf welche [dieser 17] SDGs [...] zahlt es wie ein? Und Herr Gatzer hat natürlich recht: Wir zahlen wahnsinnig viel zur Stabilisierung der Renten. Wir haben einen großen Anteil, der an die Bundesarbeitsagentur geht. Das wird auch weiter alles laufen müssen. Das kann man auch sozusagen den SDGs zuordnen. Es wird dann irgendwann diffiziler. Aber letztendlich ist das genau die Frage, finde ich, die wir uns stellen müssen. Wir haben enormes Volumen, [das] wir ausgeben. Ist das effektiv? Ist das effizient eingesetzt und trägt das zur Zukunftsfähigkeit bei? Und da gibt es natürlich unterschiedliche Ansätze. Darüber wird man sich auch immer unterhalten [...] und diskutieren müssen. Aber da eine Transparenz [...] mit diesem wirkungsorientierten Haushalt und Spending Review [reinzubringen], ist auf jeden Fall schon mal der erste Schritt in die richtige Richtung.

[Siebert] Stichwort Sondervermögen. Würden Sie sagen, wenn schon diese großen Extra-Pakete, dann beispielsweise für Photovoltaik in Schwellenländern?

[Stremlau] Wir müssen unsere Verantwortung für Entwicklungs- und Schwellenländer wahrnehmen, [denn] dort haben wir eine Verantwortung, weil wir jahrzehntelang auch [...] von günstigen Rohstoffen, günstigen Arbeitskräften und dem Ungleichgewicht [profitiert haben]. Das muss man einfach auch anerkennen. Von daher haben wir eine Verantwortung. Das tut die Bundesregierung ja auch, indem sie auch in solche Fonds für internationale Themen [...] einzahlt. Wir haben aber natürlich auch in Deutschland noch wahnsinnig viele Dächer mit PV-Anlagen zu bestücken. Wir haben [hier] Windräder [...] zu bauen, wir haben die Bahninfrastruktur, die dringend ausgebaut werden muss, Schulen, die fit gemacht werden müssen, auch in Richtung Digitalisierung. Ich würde mir Sondervermögen, wenn wir über sowas nachdenken, auch in diese Richtung denken, weil diese Themen werden irgendwann finanziell schlagend werden. Wir machen das ja nicht, weil Windräder

so schön anzugucken sind, sondern — wir merken es jetzt — weil wir unsere Energieversorgung differenzierter darstellen müssen, weil wir unabhängig werden und weil es sozusagen erneuerbar sein muss. Und da ist das Geld gut investiert. Das ist dann nämlich nicht nur ein Kostenfaktor, sondern es ist ja wirklich ein Haben-Faktor. Es ist ein Gewinn, den wir haben. Das könnte man auch überlegen, ob man das in einem Bundeshaushalt mal darstellt: Dass man nicht nur über die Kosten spricht und die Ausgaben, sondern auch [...] [sagt]: „Wo investieren wir denn und was haben wir [da] wirklich als Wertgegenstände [...] geschaffen?“ Also beides betrachten: in Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch die dringenden Hausaufgaben hier in Deutschland angehen.

[Siebert] Herr Gatzler, machen Sie sowas: gucken, wo die Investitionen landen und wie nachhaltig sie sind?

[Gatzler] Ja, das machen wir schon. Also, da hat sich in den letzten Jahren schon vieles getan. Wie gesagt, die Nachhaltigkeitsaspekte, die 17 Ziele, die wir ja auch in unserer Nachhaltigkeitsstrategie drinhaben, die wollen wir jetzt im Bundeshaushalt auch einfließen lassen, die Transparenz herstellen. Natürlich haben wir auch noch andere Instrumente, um zu schauen, ob das, was wir auf den Weg gebracht haben, unterm Strich dann auch so rauskommt. [Womit] ich mich nur schwertue, ist: Die Lösung, kann nicht immer nur sein, weitere Sondervermögen zu gründen. Abgesehen davon, ich meine, das ist ein technischer Begriff Sondervermögen ...

[Siebert] Vielleicht müssen wir mal ganz kurz erklären, was das eigentlich ist, so ein Sondervermögen.

[Gatzler] Ein Sondervermögen — dieser Begriff taucht auch im Grundgesetz auf, ist also nichts, was wir neu erfunden haben — ist ein Fonds. [...] Andere nennen sowas einen Fonds, wir nennen es ein Sondervermögen, ein Haushalt neben dem Kernhaushalt, neben dem Bundeshaushalt, der abgegrenzt ist, unter Umständen auch eigene Einnahmen hat, aber für bestimmte politische Ziele, für bestimmte Politikbereiche abgegrenzt ist. So ein Sondervermögen hat einen Vorteil gegenüber dem Bundeshaushalt: Er kann Rücklagen bilden und er ist überjährig nutzbar. Insofern ist er etwas flexibler als der Bundeshaushalt.

[Siebert] Der muss nicht darauf warten, dass Werner Gatzler im nächsten Jahr wieder genügend Geld für ihn zur Verfügung stellt, sondern das hat er dann schon.

[Gatzler] Ja, das hat er dann schon. Ich bringe mal ein Beispiel: Das größte Sondervermögen, das wir haben, ist der sogenannte Klima- und Transformationsfonds. In diesem Fonds sind ja die Maßnahmen der Bundesregierung [...] zur Unterstützung des Transformationsprozesses, zur Bekämpfung des Klimawandels [niedergelegt]. Und dieser Fonds hat eigene Einnahmen, zum Beispiel die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung. Die Einnahmen aus dem Zertifikatehandel fließen dort ein und er hat bis letztes Jahr auch noch einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt bekommen. Dieser Fonds hat [im Augenblick] ein Vermögen [...], tatsächlich ein Vermögen für die nächsten Jahre, von über 200 Milliarden Euro. Also, die sind verplant, die stehen zur Verfügung, sie müssen letztendlich jetzt nur noch verausgabt werden. [...] Die Lösung kann nicht immer sein, wenn wir Probleme haben, ein Sondervermögen zu gründen [...] — auch diese müssen ja irgendwie finanziert werden —, sondern die Lösung bei den zweifelsohne von Ihnen gerade geschilderten Misständen oder Unzulänglichkeiten, die wir in der Infrastruktur haben, im Bildungsbereich et cetera, [...] muss am Schluss auch sein, dass wir mit dem Geld mehr erreichen als bisher.

[Stremlau] Ja, und ich glaube, ich würde es noch erweitern. Ich bin völlig d'accord: Es kann nicht weitere Sondervermögen geben. Wir brauchen wahnsinnig viel Geld. Also, die EU geht davon aus, dass wir [bis 2030] 180 Milliarden Euro pro Jahr brauchen, [...] nur [um] unsere EU-Klimaziele zu erreichen. Und deswegen plädieren wir als Sustainable-Finance-Beirat auch ganz klar [dafür]: „Lieber Staat, nutzt die Kraft des Finanzmarktes.“ [Denn] der Staat kann es nicht [nur mit den öffentlichen Ausgaben] alleine schaffen [...]. Wir brauchen die privaten Akteure, wir brauchen die großen Versicherungen, Fondsgesellschaften, die Pensionskassen, die Milliardensummen am Finanzmarkt

anlegen. Und deswegen ist sozusagen unsere Forderung auch: Nutzt das für die Umlenkung von Finanzströmen! Mehr Gelder in nachhaltige Branchen, weniger Geld in nicht nachhaltige Branchen und dass es hier so ein Zusammenspiel [...] der privaten und der öffentlichen Akteure [gibt], weil wir [...] den Finanzmarkt zusammen [gestalten]. Und da bin ich völlig bei Ihnen. Und die Banken und Finanzakteure in diesem Land entscheiden ja letztendlich tagtäglich darüber, weil sie Kredite vergeben. Und Kredite werden nicht nur für fünf Jahre vergeben, sondern Kredite werden für 20 Jahre vergeben. Und das heißt, hier entscheiden Banken jeden Tag darüber, wie [...] es mit der Zukunftsfähigkeit und Innovationsfähigkeit unseres Landes aus[sieht]. Und [...] dieses Denken – also mit den SDGs, mit den Pariser Klimazielen –, das kommt ja immer mehr auch in die Finanzwirtschaft. Da hat Brüssel viel, viel Gutes getan, auch durch Regulierung, indem es jetzt in Risikomodelle bei den Banken reinkommt. Das verändert Finanzströme. Und da ist es [dann] eigentlich gut, [...] wenn Staat und private Finanzwirtschaft an einem Strang ziehen.

[Gatzer] Unsere Aufgabe, wenn ich das ergänzen darf, Frau Stremlau, ist, dann neben Finanzierungen eben auch die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass privates Kapital, das ja durchaus am Markt vorhanden ist, zielgerichtet dann auch eingesetzt werden kann.

[Stremlau] Ja, exakt.

[Siebert] Das heißt also, dass Banken oder Versicherungsunternehmen sagen: „Wir investieren in Windkraftanlagen oder in andere Formen von nachhaltiger Energieerzeugung.“ Oder sowas in der Richtung, ja?

[Stremlau] Genau!

[Gatzer] Zum Beispiel ja.

[Stremlau] Ja, exakt, genau. Also, wir haben mittlerweile einen Großteil unserer Anlagen für erneuerbare Energien. Interessanterweise gibt es [in den letzten Jahren] nicht viele Angebote in Deutschland [...]. Also, wir haben in Spanien, in Norwegen, in Frankreich investiert. Das ist genau das, wo[...] wir [ran]müssen. Das Geld muss hier [...] von den großen institutionellen Investoren [investiert werden]. [Das] hat aber auch was mit [dem] Thema ökologische Landwirtschaft [zu tun]. Auch dort braucht es Gelder, Infrastruktur. Wir haben gerade Anleihen der Österreichischen Bahn gekauft, auch der Deutschen Bahn. Aber genau solche Unternehmen zu fördern, die eben an der Zukunftsfähigkeit arbeiten und dort private Gelder hinzulenken, das ist genau das Ziel.

[Siebert] Lange Zeit war das Geld ja jetzt sehr billig, weil die Zinsen so niedrig waren. Das hat sich jetzt geändert. Was bedeutet das für den Bundeshaushalt? Was bedeutet das für die Schulden, die der Bund schon gemacht hat? Was bedeutet das für den Begriff der Nachhaltigkeit?

[Gatzer] Wir spüren es im Bundeshaushalt gewaltig, den doch sehr dynamischen Zinsanstieg. [Der] ist auch innerhalb kürzester Zeit gekommen. Wobei wir [es] auch jetzt in den Jahren der Niedrigzinsphase [...] geschafft haben, die Laufzeit der durchschnittlichen Verschuldung doch zu verlängern, sodass die, sage ich mal, [...] Auswirkungen nicht jetzt unmittelbar von einem Jahr zum anderen kommen, aber sie kommen. Ich möchte es gern mal an Beispielen bringen: Während wir 2021 für unsere Schuld, für unsere Verschuldung noch 4 Milliarden Euro Zinsaufwendungen hatten, planen wir jetzt schon mit dem zehnfachen, mit 40 Milliarden [Euro] Zinsaufwendungen im Bundeshaushalt. Das ist immer noch eine Quote – bei einem Haushalt, der weit über 400 Milliarden [Euro] Ausgaben hat –, die verträglich ist, die nicht zur Handlungsunfähigkeit führt. Wir hatten auch schon mal eine deutlich höhere Zinsausgabenquote. Aber es sind Haushaltsmittel, die für Zinsen aufgewendet werden müssen, Steuermittel, die für Zinsen aufgewendet werden müssen, die wir natürlich an anderer Stelle sinnvoller einsetzen könnten. Aber der Markt ist jetzt im Augenblick so und es belastet uns.

[Stremlau] Also, wir als Pensionskasse haben natürlich einerseits ... Unser Portfolio hat plötzlich viel mehr stille Lasten als stille Reserven. Und gleichzeitig finden wir es bei der Neuanlage jetzt ganz gut, dass die Zinsen endlich wieder hochgegangen sind. Es war viel zu schnell. So haben das alle nicht kalkuliert. Und für den Bundeshaushalt — das hat Herr Gatzler im Griff, da muss ich nichts zu sagen. Aber es hat eben zwei Seiten. Für den Bundeshaushalt ist es schwieriger, weil er mehr für die Zinsen aufbringen muss. Für die institutionellen Investoren ist es dann wieder schöner, weil es endlich wieder mehr Zinsen gibt. Und wir zahlen ja auch unseren Rentnerinnen und Rentnern nachher die Renten. Und die profitieren auch davon, wenn das Zinsniveau wieder ansteigt. Von daher hat immer, wie alles im Leben, zwei Seiten.

[Gatzler] Das ist so, ja.

[Siebert] Es ist ja klar, dass der Bund seine Kredite bedient, dass er seine Kredite zurückzahlt. Aber die Gesamtsumme der Schulden, die nimmt ja nicht ab, oder? Bauen wir die Schulden jemals wieder richtig ab?

[Gatzler] Ich sage mal: Um die Handlungsfähigkeit des Staates sicherzustellen, ist es nicht zwingend erforderlich, die Schulden zurückzuzahlen, so wie wir uns das vorstellen, also zu tilgen. Viel wichtiger ist es, dass wir bei dem Zuwachs der Schulden darauf achten, dass wir ein bestimmtes Niveau nicht überschreiten, das heißt unsere Gesamtverschuldung. Deswegen gibt es ja auch dieses 60-Prozent-Gesamtverschuldungskriterium. Unsere Gesamtverschuldung sollte auf einem Level sein, das uns die Handlungsfähigkeit sichert. Und da sind wir auch stabil. Wir haben eine Gesamtverschuldungsquote als Gesamtstaat von 65, 66, 67 Prozent, also leicht oberhalb dieses EU-Kriteriums. Aber wir sind eben nicht in Größenordnungen wie andere europäische Länder, wo man die Sorge haben muss, dass dann die Handlungsfähigkeit des Staates beeinträchtigt ist. Und eigentlich haben wir auch eine rückläufige Tendenz, weil unsere Volkswirtschaft ja auch wächst.

[Siebert] Frau Stremlau, ist es denn überhaupt sinnvoll, die Schulden zu tilgen, sie wirklich abzubauen?

[Stremlau, schmunzelt] Ich finde ja. Ich finde, das gehört dazu. Aber ich glaube, was wir erleben, ist ja oft, sozusagen: Es wird teilzurückgezahlt und es kommen die neuen Schulden dazu. Wir erleben das bei den Unternehmen ja auch. Die nehmen dann teilweise neue Anleihen auf, um die alten zurückzuzahlen. Irgendwann kippt das natürlich und man weiß ja auch nie. Deutschland hat ja auch — hat Olaf Scholz ja auch gesagt: Wir können uns deswegen sowas wie so ein Corona-Paket leisten, so einen „Doppel-Wumms“ leisten, weil wir in den Jahren vorher gut gewirtschaftet haben. Wir haben natürlich auch [...]— das habe ich am Anfang schon gesagt — finde ich, schon auch zulasten unserer Infrastruktur [gewirtschaftet]. Aber gleichzeitig: Also, die Aufgaben werden eher mehr in der Zukunft. Ich finde aber, wir müssen uns von alten Dingen auch trennen. Das ist vielleicht auch etwas, was man auch bei den Ausgaben gucken muss. Man muss das aber genau bei der Regulierung gucken. Ich bin für so eine systematische Müllabfuhr. Ich weiß nicht, ob Sie das Prinzip von Herrn Malik kennen. Der meint eigentlich, dass [ich], immer, wenn ich neue Dinge einführe, [...] die alten Dinge, die nicht mehr aktuell sind, auch in die Tonne kloppe, also einmal im Jahr draufschauen, was [...] überflüssig [ist] und dann auf die neuen Dinge fokussiere. Und so ist es, glaube ich, bei den Ausgaben auch. Wir haben ja jetzt Ausgabenbedarf, auch durch den Ukraine-Krieg, durch die Energiekrise, die wir eben vor drei Jahren nicht hatten. Welche Dinge können wir aber vielleicht nicht weiterführen? Und welche Zöpfe müssen wir auch abschneiden? Das ist eine harte Debatte. Die muss politisch geführt werden. Ich glaube aber, nur immer weiter Geld zu drucken, geht halt auch nicht. Wir müssen aber trotzdem in unsere Zukunft investieren. [...] Da ist ein Zielkonflikt. Ich würde mir eher [...] auch da eine Konzentration nochmal wünschen und auch ein Abschneiden alter Zöpfe.

[Gatzler] Da bin ich zu hundert Prozent bei Ihnen. Aber wie Sie es schon gesagt haben: Politisch ist es natürlich schwieriger, alte Zöpfe abzuschneiden, als neue Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Deswegen haben wir ja auch unsere Prozesse mit wirkungsorientierter Budgetierung auf den Weg

gebracht, um zumindest die Transparenz herzustellen, ob Maßnahmen aus der Vergangenheit überhaupt noch zeitgemäß sind, ob sie überhaupt noch die Ziele erreichen, die man damit verfolgt hat. Aber am Schluss muss die Politik entscheiden, worauf sie verzichtet. Und, wie gesagt, das ist nicht immer ganz so einfach.

[Siebert] Vielen Dank an Sie beide. Das waren Silke Stremlau und Werner Gatzler. Vielen Dank für das Gespräch.

[Gatzler] Ich danke auch.

[Stremlau] Sehr gerne.

[Siebert] Demnächst geht's hier weiter mit weiteren Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern aus der Bundesregierung und ich hoffe, Sie als Zuhörerinnen und Zuhörer sind dann wieder dabei.

Das war „Aus Regierungskreisen“, der Podcast der Bundesregierung. Mehr Informationen zur Politik der Bundesregierung finden Sie auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de) und auf unseren Social-Media-Kanälen.